

Die »unwahrscheinliche« Bewegung

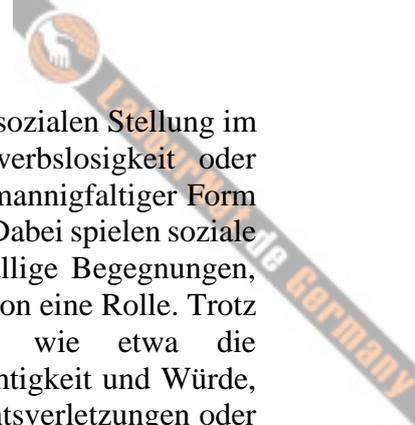
Das ausbleibende Bündnis zwischen Bewegungslinken und Erwerbsloseninitiativen – von Harald Rein*

In: **express** 03-04/2021

Zum wiederholten Male wird in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Pandemie auf die Zunahme der Kluft zwischen Arm und Reich hingewiesen (so zuletzt im Januar mit dem Bericht »Das Ungleichheitsvirus«, siehe www.oxfam.de). Schaut man sich zur gleichen Zeit die Debatte über eine »neue Klassenpolitik« oder die wenigen Aktionen der emanzipatorischen Linken auf der Straße an, so fällt eines auf: Die Armutsbevölkerung findet dort in Inhalt und Forderungen kaum einen Ausdruck. Eigentlich erstaunlich, denn es existieren seit über dreißig Jahren Selbstorganisationsansätze von Erwerbslosen- und Obdachloseninitiativen, deren Aktivitäten nur zeitweise in der praktischen Klassenpolitik vermerkt wurden. Ende 1982 trafen sich in Frankfurt am Main Erwerbslosengruppen, um gemeinsam den Kampf gegen Ausschluss, Sozialabbau und für ein gutes Leben aufzunehmen. Daraus entstand eine kleine, aber agile Bewegung von Erwerbslosen und Sozialhilfebezieher:innen, die in vielfältiger Weise auf ihre Situation aufmerksam machte und die Möglichkeit eines Lebens nach der Armut verdeutlichte – eine »unwahrscheinliche« Bewegung, wie der Soziologe Pierre Bourdieu 1998 das französische Pendant der Erwerbslosenproteste charakterisierte.

Es geht mir im Weiteren darum, deutlich zu machen, weshalb es in der Regel kaum Zusammenhänge und Zusammenarbeit zwischen Betroffenengruppen und der emanzipatorischen Linken gibt, welche Rolle die Diskussion über Klassen spielt und inwieweit die Erwerbslosenbewegung sich aktuell neu formieren sollte. Dabei sei darauf hingewiesen, dass arme Menschen und ihr Widerstand in Deutschland geschichtlich gesehen eine größere Rolle gespielt haben, als allgemein bekannt ist. Es kann von einer langen Traditionslinie aktiver Auflehnung gesprochen werden (vgl. Rein 2017). Dass dies kaum bekannt ist, hängt mit einer gesellschaftlich bestimmten und geförderten Verachtung von Armen zusammen, die gespeist wird von der Zentralität der Erwerbsarbeit als ausschließlich anerkannte Existenzsicherung und der damit erfolgten negativen Bewertung von Menschen außerhalb der Lohnarbeit. Arme Leute sind gezwungen, ihren Protest und ihre Selbstbehauptung in anderer Form auszutragen als die gängigen sozialen Bewegungen dies tun. Ihre Repräsentanz findet sich nicht in Parteien und Institutionen wieder, in linken Bewegungen werden ihre Ansprüche kaum vermerkt.

Ich benutze in meinen Ausführungen den Begriff »arm«. Er drückt die Unmöglichkeit eines umfassenden guten Lebens aus und verweist darauf, dass das Gegenstück Reichtum, verstanden als Produkt der Mehrwertakkumulation, einen Ausschluss der Beteiligung armer Menschen von den politischen Schalthebeln bedeutet. Der Reichtum der Wenigen wäre ohne die Armut der Vielen nicht existent. Dabei geht es mir etwa um einen Großteil der Erwerbslosen samt Angehörigen, der Grundsicherungsbezieher:innen, der Menschen im Niedriglohnbereich, um prekär Beschäftigte, die vom Arbeitslohn nicht leben können, Selbständige ohne existenzsicherndes Einkommen, Menschen mit geringer Altersrente, Geflüchtete im Asylverfahren oder ohne Anerkennung, Wohnsitzlose und Menschen, die ohne Erwerbsarbeit



und staatliche Unterstützungen ihr Leben fristen. Alle sind aufgrund ihrer sozialen Stellung im Kapitalismus in unterschiedlicher Art und Weise von Armut, Erwerbslosigkeit oder Gesundheitseinschränkungen betroffen. Sie verarbeiten diese Realität in mannigfaltiger Form und ziehen jeweils unterschiedliche Konsequenzen für ihr weiteres Leben. Dabei spielen soziale Vorerfahrungen, Kontakte zu politischen Gruppen oder Initiativen, zufällige Begegnungen, aber auch verarbeitete individuelle Erfahrungen mit der jeweiligen -Situation eine Rolle. Trotz sehr verschiedenartiger Lebensläufe gibt es Gemeinsamkeiten, wie etwa die unausgesprochenen, oft gefühlsmäßig bestimmten Einsichten über Gerechtigkeit und Würde, die, wenn sie nicht eingehalten werden, auch die Notwendigkeit von Rechtsverletzungen oder politischen Aktivitäten implizieren können. Die große Mehrheit armer Menschen entwickelt im sozialstaatlichen Dschungel unorthodoxe Widerstandsweisen (»stummer Protest«), mit dem Ziel, kurzfristig ihre desolate materielle Situation partiell zu verbessern. Diese Strategien sind individuell, können aber auch kollektive Züge annehmen, etwa durch informellen Austausch getätigter Erfahrungen und gemeinsame Erarbeitung neuer Strategien. Gleichzeitig gab es aber auch immer wieder Möglichkeiten, den Protest auf die Straße zu tragen, etwa durch die Aktivitäten 1998, die von den organisierten Erwerbslosengruppen ausgingen, den Protest der 100.000 gegen Hartz IV in Berlin 2003 und den wochenlangen selbstorganisierten Widerstand der Betroffenen 2004 hauptsächlich im Osten Deutschlands.

Wenn es um klassenanalytische Beschreibungen geht, tauchen Menschen, die nicht oder nursekundär mit Erwerbstätigkeit in Verbindung gebracht werden, entweder gar nicht oder als unbedeutend auf. Benannt werden sie entweder abwertend als Abgehängte, Unterschicht, Lumpenproletarier, oder sie tauchen als Subalterne, Pauper, -Deklasierte, Prekäre und Unterklasse un-verhofft in der einen oder anderen soziologischen Abhandlung auf. Negative Beschreibungen von Personen, die in Not geraten sind, haben eine lange Tradition, die sich auch durch die traditionelle Arbeiterbewegung zieht und ebenso nicht vor den Theoretikern des Marxismus Halt machte. Der von Marx benutzte Begriff des Lumpenproletariats für den unproduktiven, dauerhaft verarmten Teil der Bevölkerung war eher von Ressentiments als von analytischer Schärfe bestimmt. In Folge grenzten sich Organisationen der Arbeiterbewegung von Personengruppen und Initiativen ab, die sich nicht ruhig und gesittet verhielten und in »rechtsverletzender« Art und Weise ihr Überleben sicherten. Für die Linke stand damals fest: nur über eine betriebliche Zugehörigkeit entstünde sozialer Zusammenhalt und ließe sich politische Bewegung organisieren. Wer ohne feste Erwerbstätigkeit sei, würde schnell in Apathie und Verzweiflung fallen, so die immer noch gern zitierte Marienthal-Studie von 1933. Armen Leuten die Konflikt- oder Organisationsfähigkeit abzusprechen, zieht sich durch die Vorurteilsgeschichte auch linker Protagonisten (vgl. Bescherer 2013). Die Frage nach Verweigerungspotentialen armer Menschen hängt eng mit den Grenzen eines zu erduldenen Alltagslebens zusammen. Da der Begriff der Duldsamkeit nicht analytisch bestimmt ist, kann er auch kaum politisch eingeordnet werden, spielt aber eine große Rolle beim Aufbegehren armer Menschen. So auch bei Piven/Cloward, die als einzigen gesellschaftlichen Verweigerungsbeitrag von Armen die Aufkündigung ihrer passiven Duldsamkeit sehen, »für sie bleibt Aufruhr der einzige Ausweg« (Piven/Cloward 1977, S. 48). Es macht diese Form der Gegenwehr so unberechenbar und radikal zugleich. Im Nachkriegsdeutschland bis heute regierten eher Phasen des Aushaltens, dazu »stumme« Protestformen und gelegentliche Straßenauftritte.

Aber welche politischen Alternativen boten und bieten sich denn der Armutsbevölkerung an? Sowohl bürgerliche Parteien als auch Gewerkschaften haben die Armutsproblematik und den Zwang zu Niedriglohnarbeit, auch mit ihrer Zustimmung zur Agenda 2010, vorangetrieben. Die LINKE galt kurzfristig als mögliche Alternative, zeigte aber bei einer Regierungsbeteiligung in den Ländern schnell den Unterschied zwischen Theorie und Praxis, und die außerparlamentarische emanzipatorische Linke hat das Thema nur vereinzelt auf ihrer Agenda. Einzig Solidarisch-Gruppen und Erwerbslosengruppen sind in diesem Bereich aktiv. Wobei erstere nicht selten aus dem studentischen Milieu kommen und schnell an der Mannigfaltigkeit der Probleme der Betroffenen scheiterten, weshalb die Erwerbslosengruppen auf sich alleine gestellt waren. Oft als Beratungsstelle aufgebaut, wurden deren fachliche

Kompetenzen gerne von den Betroffenen genutzt (zur besseren Handhabung des eigenen »stummen« Protestes), aber ohne dass daraus eine kontinuierliche Bewegung entstehen konnte. Vor diesem Hintergrund wird es vielleicht deutlich, warum arme Menschen in den letzten Jahrzehnten nur selten auf die Straße gehen, auch wenn sich ihre Lage z.B. durch Sozialleistungskürzungen verschlechtert.

Ein weiteres Nebeneinanderwurschteln der emanzipatorischen Linken, der klassenbewussten Arbeiterlinken und den vielen unterschiedlichen Sozialinitiativen hat keine Perspektive, eine bloß formal gewollte Vernetzung aller beteiligten Gruppen allerdings auch nicht. Wie so oft in der linken Geschichte sind die ökonomischen und sozialen Veränderungen des Kapitalismus den Alternativkräften einen Schritt voraus. Krisen, Pandemie, Rationalisierungen und Technisierung werden Klassenzusammensetzungen durcheinanderwirbeln. Welche Rolle dann noch eine industriell verankerte Arbeiterklasse spielen wird, ist unklar. Klar sein dürfte aber, dass Erwerbsarbeit immer unsicherer wird, Arbeitsbedingungen sich verschlechtern und Löhne kaum zum Leben reichen. Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen werden zum Standard, die Identifikation mit einer lebenslangen betrieblichen Praxis und die Verteidigung der eigenen ausgebeuteten Existenz nimmt bei vielen ab. Karl Reitter analysiert in diesem Zusammenhang den Niedergang der klassischen Arbeiterbewegung und präferiert den Versuch, neue soziale Subjekte ausfindig zu machen. Er betont, dass »die historische Arbeiterschaft (...) bloß eine bestimmte kulturelle Ausprägung des Proletariats (war), welches gegenwärtig zahllose andere Formen angenommen hat. Das Arbeiterbewusstsein ist keineswegs Basis oder gar notwendiger Ausgangspunkt des Klassenbewusstseins« (Reitter 2017, S. 18f.). Während ein Teil der alten Arbeiterschaft »die Bejahung der Verhältnisse« (ebd., S. 25) in sich trägt, entstehen neue Klassenverhältnisse, die nicht aus einem dauerhaften betrieblichen Mittelpunkt entspringen, sondern einer Integration in die Lohnarbeit kritisch gegenüber stehen.

Ähnlich sieht es auch Mario Candeias, der auf die Veränderungen innerhalb der Klasse hinweist: »Alte Milieus sind in Auflösung, neue entstehen, scheinbar aber fragmentierter, pluraler, weiblicher, migrantischer und prekär. Bestimmte Segmente der Klasse steigen ab, etwa bestimmte Berufsgruppen qualifizierter Facharbeiter, andere auf« (Candeias 2021, S. 30f.).

In den nächsten Jahren dürfte die Frage nach einer ausreichenden materiellen Existenzgrundlage, ob mit oder ohne Lohnarbeit, eine große Rolle spielen. Ein ausreichendes Existenzgeld, wie auch eine möglichst freie soziale Infrastruktur wären im Interesse von armen Leuten wie auch von prekär Beschäftigten. Damit sich eine entsprechende Bewegung entwickeln kann, müsste die emanzipatorische Linke aber auch den Kontakt zu den bestehenden Initiativen suchen und aufnehmen, während umgekehrt die Erwerbslosengruppen ihren eigenen politischen Anspruch überprüfen und gegen jegliche Form der sozialarbeiterischen Bevormundung Widerstand leisten sollten. Das heißt, bei diesen Initiativen gilt es die Beeinflussung durch Großorganisationen wie Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Gewerkschaften möglichst klein zu halten und eigene Wege der -finanziellen Unabhängigkeit zu finden. Zentraler Aspekt der Initiativen bleibt, neben den Straßenaktionen, eine aktive, mobilisierende Beratung, die sämtliche Belange einer umfassenden Existenzsicherung abdeckt und eine Art Unterwanderung sozialstaatlicher Armutspolitik zum Ausgangspunkt hat. Damit ist u.a. die Weitervermittlung von Techniken gemeint, sich den Zumutungen der Jobcenter zu entziehen und mit Hilfe von Alltagspraktiken eine selbstbestimmte, nicht immer ganz legale Aufstockung materieller Mittel zu erreichen. Gemeinsame Formen der Auflehnung gegen einen repressiven Sozialstaat benötigen eine prinzipielle Kritik an der Lohnarbeit und müssen der ideologisch bestimmten gesellschaftlichen Dauerbeeinflussung entgegentreten, dass der Mensch ohne Erwerbsarbeit wertlos sei. Diese politische Aussage ist mindestens genauso wichtig wie die Unterstützung von Würdekämpfen vor und in den Sozialbehörden. Und schließlich braucht es gemeinsame Orte, in denen sich interessierte Einzelpersonen, Sozialinitiativen und andere Gruppen der emanzipatorischen Linken gemeinsam treffen, diskutieren und Aktionen vorbereiten können. Der Vorschlag, eine Art Worker-Center-Struktur zu begründen (vgl. Bewernitz 2019, S. 18ff.) erscheint mir sehr sympathisch!

Literatur:

Bewernitz, Torsten: Syndikalismus und neue Klassenpolitik, Berlin 2019.

Bescherer, Peter: Vom Lumpenproletariat zur Unterschicht, Frankfurt 2013.

Candeias, Mario: Crashkurs Klassenanalyse, in: ders. (Hg.): KlassenTheorie. Vom Making und Remaking, Hamburg 2021.

Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A.: Aufstand der Armen, Frankfurt 1977.

Rein, Harald: Wenn arme Leute sich nicht mehr fügen...!, Neu-Ulm 2017.

Reitter, Karl: Klassenbewusstsein oder Arbeiterbewusstsein?, in: Birkner, Martin/Seibert, Thomas: Kritik und Aktualität der Revolution, Wien 2017.

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12